MEINE

MA(c)H(t)MUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN

SPD

MAHMUT ÖZDEMIR

SPD BUNDESTAGSABGEORDNETER

NR. 06 | MÄRZ 2016

MA(c)H(t)MUT 6 (2016)

- **Die Weichen für den Stahl jetzt richtig stellen!** Seite 3
- **Es ist immer besser, wenn die Sozialdemokratie regiert** Seite 6
- **Für moderne Gleichstellungspolitik kämpfen** Seite 7
- **Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern** Seite 8
- **Namentliche Abstimmung** Seite 9
- **Miteinander reden statt übereinander** Seite 11
- **Bericht aus den USA: Meanwhile in Arizona** Seite 13

Impressum

V.i.S.d.P.
Mahmut Özdemir, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

an Themen bei der Zusammenstellung dieser Ausgabe mangelte es mir wahrlich nicht. Außenpolitisch balancieren wir zwischen Einsätzen der Deutschen Bundeswehr einerseits und der geschickten diplomatischen (zumindest zeitweisen) Befriedung von Regionen, in denen gekämpft wird. Währenddessen ist die Europäische Union in eine Phase der Selbstfindung verfallen, weil zwischen „Grexit“ in der Vergangenheit und einem möglichen „Brexit“ in der Zukunft offenkundig wird, dass Europa eine Ehe von Mitgliedsstaaten zu sein scheint, die man sich nur für die „guten Tage“ versprochen hat. Die politische Verdichtung der Mitgliedsstaaten schwindet, wo sie gestärkt werden muss. Gerade jetzt muss Europa zeigen, dass es mehr ist als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, der um seine Währung ringt und inneneuropäische Armutswanderungen verneint. Nur eine solche europäische Union kann Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine Absage erteilen und gleichermaßen mit Partnern wie der Türkei Lösungen finden und gleichzeitig Werte verteidigen.

Innenpolitisch diskutieren wir, von Aufsehen erregenden Ereignissen befeuert, Gesetzesverschärfungen zur (vermeintlichen) Verbesserung der inneren Sicherheit. Dies, noch ehe der Bestand an Gesetzen im Vollzug vollständig ausgereizt wurde. Besonnenheit ist das Maß der Dinge. Nicht jedes geforderte „harte Vorgehen“ des Staates muss mit Gesetzesänderungen einhergehen. Polizei und Justiz müssen ihre Arbeit machen können und dürfen. Innere Sicherheit braucht Bürgerinnen und Bürger in Uniform und zwar in ausreichender Personalstärke um die bestehenden Aufgaben zu erledigen. Nicht kopflos mehr Personal fordern, sondern konkret Aufgaben benennen, für das mehr Personal notwendig ist: um z.B. Wohnungseinbrüche aufzuklären, um Orte, an denen sich Menschen unsicher fühlen, Streife zu gehen, um Fangruppen vor Fußballspielen sicher zum Stadion zu geleiten, um an den Flughäfen wieder staatliches Personal an die Kontrollstellen zu postieren und um viele kleinere Aufgaben mehr zu leisten.

© Copyright 2016 | Mahmut Özdemir MdB

Öffentliche Sicherheit zu verteidigen bedeutet aber auch unseren Staat und die staatliche Ordnung zu verteidigen. Ich persönlich hätte es in unserer aufgeklärten Gesellschaft niemals für möglich gehalten, dass eine Million vor Krieg und Vertreibung fliehenden Menschen in unserem Land mit mehr als 80 Millionen Einwohnern eine Bewegung auslösen, die Rattenfängern in die Karten spielt.

Um dies zu verhindern, braucht es keine staatliche Ordnungsmacht und auch nicht mal eine „laute“ Stimme. Eine „stille“ Stimme in der Wahlkabine und eine Wahlbeteiligung jedes Einzelnen, die im Mindestmaß für Dankbarkeit für die Sicherheit, den Wohlstand und überhaupt die Wahl steht, muss jedem, der sich innerhalb des Geltungsbereich dieses Grundgesetztes bewegt, zur Pflicht gereichen. Aber wenn sich eben diese miese Meute in den Herzen unserer Städte Platz zu erobern versucht, braucht es geschlossene Reihen von Bündnissen von Anständigen, die durch Anwesenheit und das Erheben der Stimme zeigen, wem unsere Städte gehören. Schlicht gesagt gilt es, die eigene Stimme für Vernunft zu erheben. Ich tue es. Meine Stimme für Vernunft lautet: Wählen gehen. Demokratie verteidigen. Rattenfänger aus den Rathäusern und Parlamenten aussperren!

Zugegeben: Wir gehen derzeit mit Unterbringung in Turnhallen und „aus dem Nichts“ entstehenden Wohngebieten in eine Belastungsprobe. Dennoch vergessen wir niemanden in diesem Land. Unabhängig davon, wo er oder sie herkommt oder hin will! Unser Gerechtigkeitspaket schnüren wir für alle Menschen im Land, die Möglichkeiten suchen, ihr Leben zu verbessern. Aufstieg durch Chancen und Aufstieg durch Bildung! Für Bankenrettung und Beton sind die Zeiten endgültig vorbei. Umverteilen für Bildung und sozialen Aufstieg, das ist unsere Aufgabe.

Glückauf

Euer

Mahmut Özdemir

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-F079045-0009 / CC-BY-SA 3.0

Die Weichen für den Stahl jetzt richtig stellen

Stahlindustrie als Leistungsträger der deutschen Industrie und die grauen Wolken am Himmel. Klimapolitische Instrumente auf ihren Sinn hin ausrichten!

Von Mahmut Özdemir, MdB

EEG, ETS, KWK, CO2-Abgabe, China und Russland. Das ist die Formel, die derzeit Männern und Frauen in Nadelstreifen, aber auch im Werksanzug am Hochofen die Schweißperlen auf die Stirn treibt. Zu Recht oder zu Unrecht, diese Frage beantwortet sich hingegen schwerer. Daher wagen wir einen Blick hinter die Kulissen.

Fakt ist, mit den Themen einzeln fertig zu werden, würde niemals eine öffentliche Diskussion verursachen geschweige denn auch nur einen Zeitungsartikel nach sich ziehen. Die drohenden Veränderungen in der Masse allerdings können dafür sorgen, dass die Brücke der Solidarität von Duisburg bis Berlin gespannt werden muss. Veränderungen in der Gesetzgebung sind das Tagesgeschäft von Abgeordneten im Parlament. Diese Veränderungen reichen von Visionen (Anhänger von Helmut Schmidt würden hier aufhören zu lesen) bis hin zu sofort wirkenden Maßnahmen. Oder etwas anschaulicher formuliert: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (kurz EEG) möchte uns in eine Welt führen, wo wir schädliche Einflüsse gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen auf das naturgesetzliche Minimum zurückführen und die Strafzölle gegen Russland und China sorgen bereits heute dafür, dass solch ein umweltschädigend hergestellter Stahl nicht unbegrenzt und zum absoluten „Schrottpreis“ auf unseren Markt gelangt. Es ist also schon heute, zwar nicht auf den ersten Blick, aber doch mittelbar eine gute

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

Verknüpfung von Gegenwart und Zukunft zu erkennen.

Doch zunächst zurück in die Gegenwart. Eine Überproduktion von 340 Millionen Tonnen Stahl. Vertraut man den Experten, so ist dies die schlichte Wahrheit über die chinesische Stahlherstellung. Damit ist die Volksrepublik mit Abstand alleiniger weltgrößter Stahlhersteller und kann den europäischen Markt nur (!) mit der Überproduktion alleine fast zwei Mal bedienen. Eine Überproduktion muss man sich aber im wahrsten Sinne des Wortes leisten können.

Die Überproduktion ist aber auch eine klare Sprache dahingehend, dass Angebot und Nachfrage im Sinne einer marktwirtschaftlichen Produktion in Relation stehen müssen. Auch in Russland sieht es nicht anders aus. Zwar bedeuten die Sanktionen gegen den russischen Stahl eine schrumpfende Nachfrage. Der Wertverfall des Rubels macht dieses Geschäft jedoch nicht unbedingt unattraktiv, wobei die Nachfrage an Stahl weltweit nur mäßig steigt. Dies führt dazu, dass selbst der Weltmarktführer ArcelorMittal Verluste in Milliardenhöhe macht. Aber das wesentliche Stichwort hat sich schon leise eingeschliffen: Marktwirtschaft. Die Frage, ob die Chinesen den Marktwirtschaftstatus, könnte die gesamten vorgenannten Punkte wertlos machen. Die so genannten „Anti-Dumping-Zölle“ gegen chinesischen oder russischen Stahl sind einfach erklärt nichts anderes als Wirtschaftsstrafaufschläge zum Schutz von Unternehmen (die kostendeckend produzieren) gegenüber Marktteilnehmern wie chinesischen Unternehmen, die zwecks Marktzutritt weit unter dem kostendeckenden Preis mit einer Reserve in der Hand einen Marktzutritt erlangen und eine Marktbeherrschung beabsichtigen können.

Die Welthandelsorganisation WTO hatte der Volksrepublik China im Jahre 2001 verbunden mit der Mitgliedschaft den Marktwirtschaftsstatus für 15 Jahre später, also just 2016, in Aussicht gestellt. Eine solche Anerkennung würde die „Anti-Dumping-Zölle“, also die Herstellung der Waffengleichheit bei der kostendeckenden Herstellung, erheblich erschweren – wenn nicht sogar unmöglich machen. Die Europäische Union müsste zwecks Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus die Verordnung über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern (Verordnung EG Nr. 1225/2009) ändern. Hier gibt es im Wesentlichen nur zwei Optionen. Die Anerkennung von China als Marktwirtschaft auch im Rahmen der Verordnung, wobei ebenfalls eine Anerkennung mit erheblichen Bedingungen und Ausnahmen denkbar scheint oder aber eine Ablehnung der Anerkennung insgesamt. Die Strafzölle machen derzeit bei kaltgewalztem Flachstahl einen Aufschlag von bis zu 16 % für China und bis zu 26 % für Russland aus. Mit einer Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus von China würden wir diese Produkte eben mit diesen prozentualen Raten „als Rabatt“ auf den europäischen (und den internationalen Markt sowieso) zulassen. Der feine Unterschied ist „lediglich“, dass die deutsche und europäische Herstellung von Stahl ohnehin im internationalen Vergleich mit zusätzlichen Lasten unterwegs ist. Schon aus diesem Grund muss die EU den Schutz der 330.000 Beschäftigen in 500 Anlagen höher bewerten als einen internationalen Ablasshandel mit der Volksrepublik China.

Der Emissionshandel ist in der Diskussion einerseits eine zusätzliche Belastung, andererseits die europäische Antwort auf die Frage, wie klimafreundliche Investitionen gegenüber der Wirtschaft politisch einzufordern sind. Letztlich ist es aber nur ein schmaler Grat zwischen wettbewerbsbezogenem Anreiz, zu den CO2-effizientesten Anlagen zu gehören und so billiger produzieren zu können, und der (derzeitigen) naturwissenschaftlich vorgegebenen Grenze dessen, was überhaupt an Einsparungen möglich ist. Seit 1990 ist der CO2-Ausstoß bei Stahlfertigerzeugnissen pro Tonne Stahl von 1,89t auf 1,46t CO2 gesunken. Die Debatte im

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

Emissionshandel (gemeint ist der EU-Emissionshandel „European Union Emissions Trading System“ kurz ETS), das „Benchmark“ in der vierten Handelsperiode ab dem Jahr 2020 zu senken, also den Vergleichsmaßstab einer bereits hochgradig effizient arbeitenden Anlage noch zu unterschreiten, um für alle Wettbewerbe (wohlgemerkt nur in der EU!) den gleichen Druck aufzubauen, ist grotesk. Künstlich naturwissenschaftliche Regeln werden außer Kraft gesetzt, damit der Preis für ein CO2-Zertfikat (derzeitiger Preis 5 Euro pro Tonne CO2) nicht wie aktuell total einbricht. Unterm Strich hat der Handel um Emissionszertifikate seine Berechtigung, wichtig aber ist, diese Berechtigung streng nach Sinn und Zweck auszurichten. Die Reduzierung von CO2 braucht Zeit und technologischen Fortschritt, was überwiegend deckungsgleich ist. Sinnvoller ist es daher, den Emissionshandel als eine Art Forschungs- und Innovationswettbewerb zu begreifen. Zu privilegieren ist daher gerade nicht, im hier und jetzt die Emissionen zu senken, sondern zu belohnen, ob und wie viel ein Unternehmen in die eigene „Renovierung“ investiert. Eine Kombination aus der Besserstellung von heute bereits hocheffizienten Anlagen und der überprüfbaren Betätigung in der Forschung zur CO2-Reduktion bezogen auf die eigenen Herstellungsabläufe sollte die Zukunft des ETS sein.

Stahlhersteller und die in diesem Ablauf einbezogenen „Zulieferer“ müssen hier eine Besserstellung erfahren, wenn Sie gemeinsam an Technologien beispielsweise zur CO2-Speicherung zur Weiterverwendung in anderen Prozessen arbeiten. Diese Investitionen müssen in Anrechnung gebracht werden, damit aus dem internationalen Wettbewerb nicht ein ungleicher Kampf wird.

Denn schon heute ist alleine die deutsche Stahlindustrie in der Kuppelenergieverstromung und der Abhitzedampf-Verstromung weltweit führend. Der Gesamtverbrauch von Energie zur Stahlherstellung wird zu fast 50 % aus der Eigenstromerzeugung bestritten. Die zusätzliche Verschärfung um eine nationale Klimaabgabe würde diese Kraftanstrengungen mit einem „Gesetzesstreich“ vernichten. Kuppelgase sind nämlich im eigentlichen Sinne Abfallprodukte, die einen hohen Brennwert haben und wiederverwendet werden. Das wäre so, als wenn man Fahrzeuge mit einem Turbolader, die von Motorabgasen betrieben werden, zusätzlich besteuern wollte. Besondere Ausgleichsregelungen für Eigenstrom und die Privilegierung von energieintensiven Unternehmen sind notwendige Bedingungen, um nach wie vor weltweit qualitative und quantitative Exportnation zu sein. Die intelligente Verwendung von Abfallprodukten wie Produktionsgasen und die wirtschaftliche Verwendung von Wärme muss als Marktwert unkompliziert nutzbar gemacht werden. Nur so gelingt es, die Unternehmen überhaupt auf Schiene zu setzen, dass Gesetze, die zur Nachhaltigkeit mahnen, auch bereitwillig umgesetzt werden. Und dies ohne nachteilige Effekte für die Arbeitnehmer zu verursachen.

Die Zeit ist noch nicht reif, die europäischen Standards dem gesamten internationalen Stahlwettbewerb entweder diktieren zu wollen oder durch ihr Innovationspotenzial zur Nachahmung zu empfehlen. Vielmehr bedarf es eines behutsamen Prozesses, all dieser Instrumente, die in geeigneter Reihenfolge nacheinander zu schalten sind, damit ein gedanklich folgerichtiges Konstrukt auf den Weg gelangt, das heute vertretbar und ohne wirtschaftliche Nachteile CO2 reduziert und gleichzeitig Forschungsinvestitionen wertschätzt. Diese Formel würde es den Stahlarbeiterinnen und -arbeitern in Werksanzügen und Nadelstreifen möglich machen, mit den Entwicklungen Schritt zu halten. Harte Einschnitte auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite müssen in ihrer Rendite und Opferbereitschaft zunächst ausgeschöpft werden, bevor es neue Veränderungen geben darf.

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

„Es ist immer besser, wenn die Sozialdemokratie regiert“

Seit Herbst vergangenen Jahres ist Achim Post, MdB, Vorsitzender der großen Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in der SPD-Bundestagsfraktion. Über seine neuen Aufgaben und aktuelle Angelegenheiten in den Ländern, dem Bund und Europa spricht er hier.

Lieber Achim, im Herbst letzten Jahres hast Du den Vorsitz der Landesgruppe NRW in der SPD-Bundestagsfraktion übernommen. Was macht die Landesgruppe überhaupt, und welche Bedeutung hat sie innerhalb der Bundestagsfraktion?

Ich kümmere mich zusammen mit allen SPD-Bundestagsabgeordneten aus NRW vor allem um eins: In Berlin wollen wir möglichst viele Entscheidungen im Sinne unseres Bundeslandes beeinflussen. Als die mit Abstand größte Landesgruppe in der Bundestagsfraktion wird auch uns nichts geschenkt. Für unsere Interessen müssen wir Tag für Tag streiten.

Wo liegen die Unterschiede im Politikbetrieb zwischen Land und Bund?

Der größte Unterschied ist wahrscheinlich der Grad der Aufgeregtheit. In Berlin werden Politik und politische Diskussionen deutlich stärker personalisiert und häufig skandalisiert. Der beste Unterschied ist natürlich die Regierungskonstellation. Bei uns in NRW stellen wir in einer rot-grünen Koalition mit Hannelore Kraft die Ministerpräsidentin. Eins allerdings gilt für Düsseldorf und Berlin: Es ist immer besser, wenn die Sozialdemokratie regiert.

Insbesondere in der Außenpolitik müssen viele Fragen in einem gesamteuropäischen Kontext beantwortet werden. Gerade hier sind die Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten größer denn je, etwa in der Flüchtlingsfrage. In Großbritannien denkt man über den „Brexit“ nach. Fällt die EU auseinander?

Wenn es sich bloß um „Unstimmigkeiten“ zwischen den Mitgliedsstaaten handeln würde, wäre alles halb so schlimm. Der Zusammenhalt Europas war noch nie so gefährdet wie heute. Die EU ist seit langem im Krisenmodus – Terrorismus, Banken, Ukraine, Griechenland, Flüchtlinge. Dabei ist für uns in Deutschland und in NRW klar, dass wir ein handlungsfähiges und solidarisches Europa brauchen. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Deshalb brauchen wir eine humane, europäische Flüchtlingspolitik.

Rechte Parteien gewinnen in Europa an Popularität. Zuletzt konnte ein Wahlsieg der Front National in Frankreich nur mit einem Kraftakt aller demokratischen Parteien verhindert werden. Was können wir diesem Trend entgegensetzen?

Zweierlei ist besonders wichtig, um demokratische Kräfte zu stärken: Erstens müssen demokratische Parteien in Deutschland und Europa sehr grundsätzlich beschreiben, was Europa ist – die politische Antwort auf Nationalismus, Rassismus und Krieg. Das ist nicht nur die Antwort auf das Jahr 1945, sondern auch für das Jahr 2016. Zweitens müssen demokratische Parteien in Deutschland und Europa sehr konkret sagen und zeigen, wie politische Lösungen aussehen können. Die Feinde der Demokratie sind jedenfalls nicht an Lösungen interessiert, sondern an der Zerstörung unserer Demokratie.

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

Für eine moderne Gleichstellungspolitik kämpfen

Gastbeitrag von Elke Ferner, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nach acht Jahren Stillstand geht es in der Gleichstellungspolitik endlich wieder nach vorne. Mit dem ElterngeldPlus, dem Ausbau von Kita-Plätzen, der Frauenquote oder dem Mindestlohn konnte die SPD langjährige frauenpolitische Forderungen umsetzen.

Doch immer noch sind die Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern ungleich verteilt. Dies zeigt sich auch am Frauenanteil in Führungspositionen von Wirtschaft und Politik. Obwohl mittlerweile mehr Frauen als Männer Abitur machen, ein Studium beginnen und die besseren Abschlüsse machen, sind Frauen in den Spitzenpositionen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Ein Frauenanteil von 5 Prozent in Vorständen der DAX-Unternehmen spricht Bände. Deshalb war das Gesetz zur Förderung von mehr Frauen in Führungspositionen mehr als überfällig.

Aufgabe einer modernen Gleichstellungspolitik ist es, diese althergebrachten Rollenklischees zu überwinden. Das tun wir, indem wir Anreize für eine partnerschaftliche Aufteilung von Familie und Beruf setzen. Mit dem neuen ElterngeldPlus und der verbesserten Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf haben wir in dieser Legislaturperiode wichtige Fortschritte gemacht. Es müssen aber noch weitere folgen, wie die von der SPD geplante Familienarbeitszeit oder mehr Steuergerechtigkeit durch das sozialdemokratische Familiensplitting.

Eine der größten Ungerechtigkeiten zwischen Frauen und Männern ist die ungleiche Bezahlung. Frauen verdienen in Deutschland immer noch knapp 22 Prozent weniger als Männer. Wir wollen diese Entgeltlücke verringern und den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ durchsetzen und die sozialen Berufe aufwerten. Das ist im Koalitionsvertrag vereinbart. Der Gesetzentwurf von Manuela Schwesig für mehr Lohngerechtigkeit liegt seit Anfang Dezember vor. Allerdings macht sich – wie schon bei der Quote – Widerstand in der Union und der Wirtschaft breit.

Besondere Bedeutung kommt auch den Rollenbildern von Frauen und Männer zu. Wir sind tagtäglich mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien oder Werbung konfrontiert. So werden vor allem junge Menschen in ihrem Denken und Fühlen beeinflusst. Frauen werden als Sexobjekte, Opfer oder „Heimchen am Herd“ dargestellt – und dies zementiert die bestehenden ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen.

Sexismus und überkommene Rollenbilder führen nicht nur zur strukturellen Benachteiligung von Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft – sie fördern auch sexuelle Belästigung und Gewalt gegen Frauen.

Uns allen sind die sexuellen Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten noch in schrecklicher Erinnerung. Klar ist: Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Klar ist aber auch, dass diese Vorfälle die Aufmerksamkeit auf ein viel größeres Problem gelenkt haben: Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen findet täglich und überall statt.

Studien belegen, dass 35 Prozent aller in Deutschland lebenden Frauen körperliche

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

und/oder sexuelle Gewalt erfahren haben. 60 Prozent der Frauen berichten von sexuellen Belästigungen wie obszönen Berührungen. Die meisten Fälle von Gewalt an Frauen finden dabei im persönlichen Umfeld, etwa durch den eigenen Partner, Familienangehörige oder Kollegen, statt.

Gewalt gegen Frauen kennt keine Kategorien: Sie findet in allen sozialen Milieus mit unterschiedlichsten Bildungsniveaus und kulturellen Hintergründen statt. Sie ist eben kein Phänomen, das Menschen anderer Herkunft oder Religion nach Deutschland „importieren". Gewalt gegen Frauen ist leider auch Teil der deutschen Gesellschaft.

Gewalt gegen Frauen ist somit kein kulturelles oder religiöses Problem. Sie ist vielmehr Ausdruck der ungleichen Machtverhältnisse, die auch heute noch zwischen Männern und Frauen bestehen. Ihren Nährboden findet Gewalt gegen Frauen auch in Sexismus und überkommenen Rollenbildern. Die sexuellen Übergriffe gegen Frauen in Köln sollten uns hier Mahnung sein, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Deshalb muss die von schwarz-gelb verschleppte Reform des Sexualstrafrechts endlich auf den Weg gebracht werden. Diese muss den Grundsatz „Nein heißt Nein" umsetzen und auch sexuelle Belästigung wie zum Beispiel „Begrapschen" unter Strafe stellen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern erfordert einen langen Atem. Doch sie ist eine Frage der Gerechtigkeit – und dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

4.12.2015	Pater Oliver Potschien O. Praem., Leiter **Petershof Marxloh**
11.01.2016	Gerrit Arndt Riemer, Leiter Konzernrepräsentanz Berlin & Governmental and Corporate Affairs **thyssenkrupp Steel Europe AG**
20.01.2016	Dr. Elke Bartels, Polizeipräsidentin; gemeinsam mit Rainer Spiering, MdB **Polizeipräsidium Duisburg**
22.01.2016	Sirri Yagiz, 1. Vorsitzender; Turgay Mert, 2. Vorsitzender **TSV 1920 Bruckhausen e.V.**
02.02.2016	Jörg Starke, Kreisvorsitzender **Auto Club Europe (ACE) Duisburg**
02.02.2016	Michael Kolle, Technischer Projektleiter **Rhein-Ruhr-Express RRX der DB Netz AG**

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

15.02.2016	Michael Hack, Corporate Affairs Manager **Japan Tobacco International**
27.02.2016	**DITIB Moscheegemeinde Yeni-Cami Duisburg-Walsum**
29.02.2016	Dr. Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer Niederrheinische IHK u.a. **Rotary Club Duisburg**
03.03.2016	Wili Palm, Präsident; Detlef Völkel, Referent Schießstandbau **Rheinischer Schützenbund**
04.03.2016	**DITIB Moscheegemeinde Yeni-Cami Duisburg-Beeck**

Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier könnt Ihr nachlesen, wie Euer MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

17.03.2016	**Bundeswehreinsatz in Somalia (ATALANTA)** Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation EU NAVFOR ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen“ Drs. 18/7722	**Ja**
16.03.2016	**Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 17./18. März 2016** Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 17./18. März 2016 in Brüssel Drs. 18/7884	**Nein**
25.02.2016	**Voreilige Neuzulassung von Glyphosat stoppen** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Voreilige Neuzulassung von Glyphosat stoppen Drs. 18/7675	**Nein**
25.02.2016	**Einführung beschleunigter Asylverfahren** Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Entwurf eines Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren Drs. 18/7538, 18/7645 und 18/7685	**Ja**

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

25.02.2016 **Einführung beschleunigter Asylverfahren hier: Artikel 2 Nummer 4** — **Ja**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zur Einführung beschleunigter Asylverfahren hier: Artikel 2 Nummer 4 (Änderung des § 104 Aufenthaltsgesetzes Familiennachzug)
Drs. 18/7538, 18/7645 und 18/7685

18.02.2016 **Rüstungsexportkontrollgesetz** — **Nein**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen
Drs. 18/7546

17.02.2016 **Regierungserklärung zum Europäischen Rat** — **Nein**

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19. Februar 2016 in Brüssel
Drs. 18/7543

28.01.2016 **Bundeswehreinsatz Kurdistan-Irak** — **Nein**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte
Drs. 18/7207 und 18/7367

28.01.2016 **Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA)** — **Ja**

Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014) und 2227 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014 und 29. Juni 2015
Drs. 18/7206 und 18/7366

17.12.2015 **Bundeswehreinsatz im Mittelmeer (Operation ACTIVE ENDEAVOUR)** — **Ja**

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im Mittelmeer“
Drs. 18/6742, 18/6945

17.12.2015 **Bundeswehreinsatz in Afghanistan (Resolute Support)** — **Ja**

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan“
Drs. 18/6743, 18/6946

04.12.2015 **Bundeswehreinsatz gegen Terrororganisation IS** — **Nein**

Entschließungsantrag der Abgeordneten Jan van Aken u.a. und der Fraktion Die Linke zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung: „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union sowie den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen“
Drs. 18/6866, 18/6912, 18/6918

04.12.2015 **Bundeswehreinsatz gegen Terrororganisation IS** — **Ja**

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union sowie den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen“
Drs. 18/6866, 18/6912

03.12.2015 **Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020** — **Nein**

Entschließungsantrag der Abgeordneten Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Beratung der Antwort

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

	der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Bärbel Höhn u.a. und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 Drs. 18/5489, 18/6763, 18/6900	
27.11.2015	**Haushaltsgesetz 2016** Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016“ Drs. 18/5500, 18/5502, 18/6102, 18/6105 bis 18/6115, 18/6119, 18/6120, 18/6122 bis 18/6126	N.A.*
27.11.2015	**Etat Verkehr und digitale Infrastruktur** Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016): Einzelplan 12 Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur“ Drs. 18/5500, 18/5502, 18/6112, 18/6124, 18/6125, 18/6126, 18/6804	Nein
25.11.2015	**Etat Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt** Beschlussempfehlung Haushaltsausschuss zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016): Einzelplan 04 Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes Drs. 18/5500, 18/5502, 18/6124, 18/6125 und 18/6126	Ja

***** aus gesundheitlichen Gründen an der Stimmabgabe verhindert und offiziell entschuldigt vom Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion.

Miteinander reden statt übereinander

„Einfach mal Danke sagen“ – unter diesem Motto luden die Bundestagsabgeordneten Michael Roth MdB und Mahmut Özdemir MdB zu einer Gesprächsrunde zum Thema Integration. Im Mittelpunkt stand der Gedanke: Miteinander reden statt übereinander - zusammenarbeiten statt gegeneinander.

„Wir wollten einfach mal Danke sagen“, begrüßt Staatsminister Michael Roth MdB das gut gefüllte Buchcafé. Er hatte gemeinsam mit dem Innenexperten der SPD-Bundestagsfraktion Mahmut Özdemir zur Gesprächsrunde „Bunter, vielfältiger, weltoffener – so wird Integration zur Erfolgsgeschichte“ eingeladen. Für die Diskussion dieses Themas hatten sich die beiden Politiker Verstärkung aus der Praxis aufs Podium geholt: Die Pröpstin der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck Sabine Kropf-Brandau, Kirchheims Bürgermeister Manfred Koch

(v.l.n.r.) Mahmut Özdemir MdB, Hend Claus, Pröbstin Sabine Kropf-Brandau, Michael Roth MdB, Bürgermeister Manfred Koch

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

und Hend Claus, die als Dolmetscherin und Integrationshelferin tätig ist, bereicherten die Runde.

In seinem Eröffnungsstatement ging der Duisburger Abgeordnete Özdemir auf sein Verständnis von Integrationspolitik ein. „Wir dürfen keine Parallelwelten schaffen“, betont der Duisburger Abgeordnete. „Wir müssen alle zusammen aktiv werden. Hierfür ist Bildung der Schlüssel.“ Besonders am Herzen lägen dem Juristen die vielen unbegleiteten, minderjährigen Ausländer, die aktuell nach Deutschland kommen. Sie müssten durch gute Bildung und Qualifizierung in die Gesellschaft eingebunden werden. „Der Flüchtling von heute ist der Nachbar von morgen“, gab Özdemir zu bedenken. Der Kirchheimer Bürgermeister Manfred Koch stimmte zu und gab zu bedenken, die Migration könne auch Chancen für den ländlichen Raum bieten, der immer mehr vom Bevölkerungsrückgang bedroht ist.

Die gebürtige Eritreerin Hend Claus, die in den 80er Jahren nach Deutschland kam, berichtete von ihren Erfahrungen. „Integration geht nicht mit Behörden, Integration geht nur mit Menschen. Viele nette Menschen haben mir die Hand gereicht und mir geholfen. Ich bin dankbar dafür.“ Sie habe hier viele offene, Ausländer willkommen heißende Menschen getroffen und glaubt, dass diese Einstellung zum Gelingen von Integration entscheidend ist.

Auch die Pröpstin setzt darauf, aufeinander zuzugehen. Das gebiete allein schon die Bibel, deren neues Testament sich durchaus auch als Flüchtlingsgeschichte verstehen lässt. „Vor einigen Jahren hätte ich das nicht gewagt, aber seit diesem Jahr kann ich es sagen: Ich bin stolz auf unser Land. Menschen in Not kommen hierher und wir nehmen sie auf.“ Dem offen aufkeimenden Rassismus und Antisemitismus sagt sie den Kampf an: „Deutschland ist ohne die Erinnerung an den Holocaust nicht zu haben! Das gilt für alle in unserem Land.“

Im Anschluss an die Gesprächsrunde lud der heimische Abgeordnete Roth zu einem kleinen Empfang ein. Alle Teilnehmenden hatten hier die Möglichkeit, sich nochmals im kleinen Rahmen bei einem Imbiss zu unterhalten und ins Gespräch zu kommen. „Vielen Dank, dass sie alle Ihren Beitrag leisten, dass der soziale Zusammenhalt in unserer Region gelingen kann“, verabschiedete der Gastgeber die Anwesenden und wünscht allen schöne Feiertage und einen guten Start ins Jahr 2016.

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB

Meanwhile in Arizona…

Jedes Jahr schicken Bundestagsabgeordnete Schüler und Studierende aus ihrem Wahlkreis über das sogenannte PPP-Stipendium auf ein Auslandsjahr in die USA. Der diesjährige Stipendiat von Mahmut Özdemir, MdB, Nils, ist nun schon fast ein halbes Jahr dort. Seine Mail vom 2. Februar 2016

Lieber Herr Özdemir,

erst einmal möchte ich mich nochmals herzlich bei Ihnen bedanken. Ich hatte bisher eine tolle Zeit und mir gefallen die Vereinigten Staaten wirklich sehr – besonders Arizona. Ich lebe in Phoenix, der fünftgrößten Stadt in den USA, wo es viel zu sehen und zu entdecken gibt. Arizona hat eine faszinierende Natur – im Norden Berge mit Schnee und ganz vielen Wäldern und im Süden Wüste mit den berühmten Kakteen und roten Bergen. Zudem ist die Nähe zu Mexiko toll, denn ich liebe mexikanisches Essen. Ein Traumstaat!

Leider vergeht die Zeit so schnell – das ist unglaublich. Über die Hälfte meiner Zeit ist schon vorbei, aber ich habe so viel erlebt. Wir sind viel gereist – nach Mexiko, nach Florida und in die „White Mountains“, mit wunderschönen Wäldern. So konnte ich viele neue persönliche Eindrücke sammeln. Meine Erinnerungen halte ich in einem Fotoalbum fest.

Natürlich habe ich in meiner Zeit auch sehr viele kulturelle Unterschiede festgestellt. Amerikaner tragen zu kurze Hosen und alle hohe Sportsocken. Das war am Anfang sehr lustig, doch ich habe mich angepasst und mir auch welche gekauft. Des Weiteren habe ich entdeckt, dass das Vorurteil „dicke Amerikaner“ zwar nicht stimmt, man hier jedoch tatsächlich viel mehr Fast Food isst und viel mehr Geld für sein Essen ausgibt.

Als Gegenstück zum Essen halte ich mich deshalb mit Schulsport fit. Der Schulteamgeist ist hier viel größer als in Deutschland, weil die Schulteams zur Schule gehören und daher immer ganz viele Schüler zu den Spielen kommen, um unsere „Sunnyslope Vikings“ anzufeuern. Das ist toll. Im Herbst bin ich geschwommen, im Winter habe ich Fußball gespielt, und nun versuche ich mich im Tennis. Es macht sehr viel Spaß. Auch die Lehrer und mein Stundenplan gefallen mir sehr. Ich lerne viel und habe jeden Tag die gleichen Fächer – U.S. History, English, PE, Algebra, Biology, and Spanish.

Meine Familie ist super und ich komme mit allen klasse klar. Hier ist immer was los mit vier Gastgeschwistern, zwei Hunden, und einer Katze. Leider ist es hier schwieriger sich mit Freunden zu treffen, weil das System des öffentlichen Verkehrs viel schlechter ist als in Deutschland, aber meine Schwester kann mich überall hinfahren. Sie beschwert sich allerdings immer über das kalte Auto, weil das Wetter hier verrückt spielt - 0 Grad in der Nacht und 25 Grad am Tag, das ist schon komisch.

Ich hoffe es geht Ihnen allen auch gut. Ich wünsche Ihnen eine schöne Osterzeit und freue mich schon, wenn ich Sie bald in Deutschland wiedersehe.

Liebe Grüße

Nils Menßen

© Copyright 2016 Mahmut Özdemir, MdB